

Datum: 17.01.2012

Entscheidend ist das Unterrichtskonzept

Gemeinschaftsschulen starten im Herbst 2012 – Lehrerfortbildung ist noch unklar

Von Stefanie Järkel

Stuttgart - Sie wurden ausgewählt, um zu gewinnen: Die 34 Starterschulen müssen erfolgreich sein, das hat Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) mehrfach betont. Sie sollen auch die Kritiker vom zentralen grün-roten Bildungskonzept überzeugen. Gestern nun hat Warminski-Leitheußer die 34 Starterschulen bekannt gegeben. Sie werden als die ersten Gemeinschaftsschulen im Land im Herbst beginnen. Gymnasien und Realschulen finden sich nicht darunter – stattdessen Werkrealschulen und Hauptschulen. Im Verbreitungsgebiet der SZ sind Schulen in den Orten Westhausen, Oberkochen, Amtzell, Eglöfs, Bergatreute, Riedlingen und Stetten am kalten Markt ausgewählt worden.

Ende November hieß es noch seitens des Kultusministeriums, rund 300 Schulen hätten sich als Starterschulen beworben. Eine Liste wollte das Ministerium allerdings nicht herausgeben. Gestern sprach die Ministerin noch von „gut 50 in der engeren Auswahl“. Die Kriterien für die Auswahl sollten laut Warminski-Leitheußer „objektiv überprüfbar und transparent“ sein. So hat sich das Ministerium an den Vorgaben der Robert-Bosch-Stiftung für den „Deutschen Schulpreis“ orientiert. Danach ging es in den Konzepten der Schulen unter anderem um den Schwerpunkt auf selbstverantwortlichem Lernen und dem „produktiven Umgang mit Heterogenität“. Darüber hinaus mussten die Schulen Ganztagesbetreuung anbieten und sollten Erfahrung mit Inklusion haben. Die Schulträger mussten sich mit dem Konzept der Schule bewerben. Auch die Gemeinderäte mussten ihre Zustimmung geben.

Allein drei Standorte in Tübingen

Norbert Zeller, Leiter der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Schulmodelle und Inklusion“ betont, dass die Schulen nicht nach „geografischen“ Gesichtspunkten ausgewählt worden sind. So ist der Regierungsbezirk Karlsruhe mit nur drei Standorten schwach vertreten. Spitzenreiter ist das Regierungspräsidium Stuttgart mit 13 Standorten. Allein in Tübingen beginnen drei Starterschulen.

Nach „aktuellem Stand“ werden die 34 Schulen im Herbst als Gemeinschaftsschule starten, sagt die Ministerin. „Theoretisch ist es aber auch denkbar, dass noch weitere Schulen hinzukommen.“ Das Gesetz für die neue Schulart wird erst im April verabschiedet. Dann müssen sich die Schulen nochmals bewerben. Warminski-Leitheußer sagt zu den ausgewählten Schulen: „Sie haben das Zeug dazu, Kinder von der fünften bis mindestens zur zehnten Klasse gemeinsam nach einem integrierten pädagogischen Konzept zu fördern.“ Nach ihrer Ansicht geht es bei der Gemeinschaftsschule „mehr als um eine neue Schulform. Für das Land ist die Gemeinschaftsschule das sichtbare Zeichen und die Speerspitze der Weiterentwicklung modernster Pädagogik“.

In den Gemeinschaftsschulen sollen Schüler aller Leistungsstufen gemeinsam unterrichtet werden. Jedes Kind soll dabei individuell gefördert werden. An der Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule in Neuenstein (Hohenlohekreis) werden Kinder schon seit einigen Jahren nach Art der Gemeinschaftsschule unterrichtet. Schulleiter Matthias Wagner-Uhl erzählt von „Kompetenzrastern“. Für jedes Kind schauen Lehrer und Kind gemeinsam, was es wie am besten lernen kann. Danach werden die Ziele der Woche für jeden Schüler festgelegt. Die Ergebnisse stehen nachher in „Lernerfolgsheften“. „Der Lehrer hat einen direkten Rückgriff darauf, wo der Schüler gerade steht“, sagt Wagner-Uhl.

Noch ist unklar, wie sich die Lehrer fortbilden können. Allerdings geht die Kultusministerin davon aus, dass sie dafür einen sechsstelligen Betrag investieren wird. Laut Warminski-Leitheußer stellen auch einige Stiftungen Geld zur Verfügung. An der Gemeinschaftsschule sollen außerdem Lehrer aller

Schularten unterrichten. Die Schulen sollen die Lehrer dafür selbst aussuchen können. Bei der Anstellung von Gymnasiallehrern hofft die Ministerin auf Unterstützung der Schülämter und der Regierungspräsidien. Derzeit müssen sie an der Gemeinschaftsschule zwei Stunden mehr als am Gymnasium unterrichten – genauso viel wie die Realschullehrer. Für die hohe Stundenzahl war das Ministerium unter anderem von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert worden.

Warminski-Leitheußer, die innerhalb ihres Ministeriums derzeit selbst stark in der Kritik steht, äußerte sich gestern erstmals zu den Vorwürfen. „Die Kritik ist mir unter die Haut gegangen.“ Sie habe in der vergangenen Woche nicht nur mit den Abteilungsleitern sondern auch mit dem Personalrat gesprochen. „Was mir wirklich nahe geht“, sagt die Ministerin, „ist die Grundstimmung, die sich bei einigen Mitarbeitern festgesetzt hat, und die nicht dem tatsächlichen Leistungsstand des Hauses entspricht.“

